



Antrag

der Fraktion der SPD

Energiewende für Mieter:innen und Hauseigentümer:innen bezahlbar machen – Klimapakt schließen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit dem Mieterbund und der Wohnungswirtschaft einen Klimapakt für eine bezahlbare Energiewende im Gebäudesektor zu schließen. Ziel ist, gemeinsam Lösungen für eine Klimawende zu finden, die sowohl die Hauseigentümer als auch die Mieterinnen und Mieter finanziell nicht überfordert.

Begründung

Die Wohnungsbestände in Schleswig-Holstein klimaneutral umzubauen, ist eine enorme Herausforderung. Die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen Schleswig-Holstein (ARGE SH) hat 2024 in ihrer Machbarkeitsstudie „Klimaneutraler Wohnungsbau in Schleswig-Holstein“ die Kosten der Energiewende im Wohngebäudesektor auf mindestens 82,5 Mrd. Euro beziffert, möglicherweise sogar bis zu 151,6 Mrd. Euro. Wenn die Klimaneutralität in Schleswig-Holstein bis 2040 und somit deutlich vor der EU und dem Bund erreicht werden soll, wie die Landesregierung und das Energiewende- und Klimaschutzgesetz vorgeben, wären demnach Investitionen von bis zu 10 Mrd. Euro jährlich notwendig.

Dies stellt für Mieter:innen, Eigentümer:innen und Wohnungsunternehmen eine erhebliche Belastung dar, die sich am Ende in den Wohnkosten niederschlägt. Da bereits jetzt die Mietbelastungsquote in Schleswig-Holstein mit über 30 Prozent die höchste der Flächenländer ist, ist eine weitere Belastung gerade für die besonders häufig zur Miete wohnenden Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen kaum noch zu vertreten. Aber auch für viele Menschen mit Wohneigentum sind die notwendigen Maßnahmen finanziell kaum zu stemmen.

Der Mieterbund und die wohnungswirtschaftlichen Verbände BFW, VNW und Haus & Grund haben daher die Landesregierung aufgefordert, mit einem Klimapakt für die Energiewende im Gebäudesektor gemeinsam Lösungen für die Umsetzung des Klimazieles zu vereinbaren, ohne Mieter:innen oder Eigentümer:innen zu überfordern. Der Landtag teilt dieses Ansinnen und unterstützt daher die Forderung der Verbände.

Thomas Hölck
und Fraktion